

VRB von Anstieg der Kriminalität an Schulen wenig überrascht – Wiederholt Forderung nach Maßnahmenpaket erhoben

Laut einem Bericht der „Welt am Sonntag“ ist die Kriminalität an saarländischen Schulen innerhalb der vergangenen fünf Jahre um 114 Prozent gestiegen. Für den VRB ist diese Entwicklung wenig überraschend. Der Verband, der Lehrer an Gemeinschaftsschulen und Förderschulen vertritt, fordert ein gezieltes Eingreifen des Innen-, aber insbesondere des Bildungsministeriums.

Die zahlreichen Hilferufe und Brandbriefe, die bundesweit bekannt wurden, zeichnen ein Bild, das nunmehr nur statistisch aufbereitet ist: Lehrer werden auf das Übelste beschimpft und bedroht, Sachbeschädigungen steigern sich in Zahl und Ausmaß, Eigentums- und Körperverletzungsdelikte nehmen zu.

Den Verband Reale Bildung erreichen in den letzten Jahren vermehrt Klagen von Kollegen, die sich angesichts des Verhaltens ihrer Schüler alleingelassen fühlen. Der VRB hat hierbei die Erfahrung gemacht, dass die wenigsten Vorfälle tatsächlich zur Anzeige gebracht werden und in Ermittlungsverfahren münden. Es ist somit zu erwarten, dass die Dunkelziffer der benannten Vorfälle an saarländischen Schulen noch wesentlich höher ist und die angegebene Steigerungsrate von 114 Prozent deutlich übertrifft. Karen Claassen, Vorsitzende des VRB Saar, richtet dementsprechend ihre Beratung aus: „Ich rate den Kollegen immer, sich bei der Schulleitung zu melden und Anzeige zu erstatten, wenn sie oder aber ihre Schüler z.B. beschimpft, bedroht, bestohlen oder gar körperlich angegangen wurden.“ Um diese Dunkelziffer zu bereinigen, fordert der VRB eine Meldepflicht für solches Verhalten in der Schule.

Um die Situation nicht weiter eskalieren zu lassen, müssen nun Innen- und Bildungsministerium Hand in Hand arbeiten. Dies erfordert, dass die Spitze des Bildungsministeriums endlich anerkennt, dass sie und nicht etwa die Sozialpolitik im Wesentlichen dafür verantwortlich ist, welche Zustände an saarländischen Schulen herrschen. Für die VRB-Vorsitzende Claassen muss ein Maßnahmenpaket breit aufgestellt sein: „Maßnahmen zur Prävention und Intervention müssen zusammengebracht werden. Präventiv müssen die Schulen mit zusätzlichen Sozialarbeitern ausgestattet werden und z.B. pädagogische Angebote in Justizvollzugsanstalten etabliert werden, um den Jugendlichen die Folgen ihres Handelns zu zeigen. Zur Intervention gehört auch, dass kriminelles Verhalten sofort sanktioniert wird, was konkret bedeutet, dass bei auffällig gewordenen Jugendlichen alle Möglichkeiten der schulischen Ordnungsmaßnahmen genutzt werden und eine enge Zusammenarbeit zwischen Schule, Jugendämtern und Polizei stattfinden sollte. Das Bildungsministerium sollte Ansprechpartner benennen, die betroffenen Kollegen Hilfe anbieten können.“

Der Landesverband Saar e.V. ist Mitglied im Dachverband der ca. 20.000 Mitglieder zählenden Lehrerverbände des Realschulwesens und verwandter Schulformen in den Bundesländern. Er setzt sich für die Förderung und Weiterentwicklung eines vielfältig organisierten Schulwesens in der Sekundarstufe I ein und widmet sich vor allem der bildungspolitischen Mitte, also den Mittleren Bildungsgängen und Perspektiven sowohl für den beruflichen Einstieg wie auch für studienorientierte Bildungsabschlüsse. Der VDR ist Diskussionsplattform, Sprachrohr und Dienstleister für seine Landesverbände und ihre Mitglieder: **Verband Deutscher Realschullehrer (VDR)**, Dachauer Str. 44 a, 80335 München, Tel. 089 / 55 38 76, Fax 089 / 55 38 19, info@vdr-bund.de